Klassendiktatur, den entscheidenden Schlag zu versetzen. Daß dabei der aktive Kampf gegen die Terrorbanden auch nicht eine Sekunde eingestellt oder abgeschwächt wird, das beweist die tägliche Pressehetze der Nazis und ihrer bürgerlichen Protégés gegen die KPD zur Genüge.

Herr Grötzsch versucht, um von der eigenen Rolle abzulenken, einen plumpen Dreh. Irgend ein Zitat aus der Deutschen Allgemeinen Zeitung, in dem die KPD „eine wertvolle Hilfstruppe des Bürgertums" genannt wird — das ist das ganze „sachliche" Argument gegen unseren politischen Angriff. Was aber lehrt die Praxis? Der volkskonservative Landtagsabgeordnete Fritzsche, der offen für das Bündnis von Nazis bis SPD eintrat, erklärte einmal ausdrücklich im Landtag, daß es den Vertretern des Privateigentums nicht gleichgültig sein könne, wenn die SPD durch die Kommunisten geschwächt würde. Dagegen erhob kein SPD-Abgeordneter irgendwelchen Einspruch — die Praxis ist es ja auch, die dies lehrt! Bei allen entscheidenden Fragen, bei Lohn- und Gehaltsabbau, bei Unterstützungs- und Rentenraub, bei Beseitigung der Versammlungsfreiheit und der Pressefreiheit, bei Stärkung des Kircheneinflusses durch Konkordate und bei Kulturabbau — überall erwies sich die SPD als die entscheidende Stütze des Bürgertums. Als die Nazis, finanziert von dem Unternehmertum, ihre Propaganda ins ungeheure zu steigern begannen, wurde der Rote Frontkämpfer-Bund unter dem Beifallsgeheul der Bourgeoisie verboten — von Sozialdemokraten! Ihre Preußenregierung — das ist die wertvollste Hilfstruppe des Bürgertums bei der systematischen Steigerung der faschistischen Herrschaftsmethoden. Und der Führer dieser Hilfstruppe, Herr Braun, das sollte der „sozialistische Sammelkandidat" sein, auf den sich die KPD mit der SPD und SAP „einigen" sollte! Wenigstens einem früheren Artikel Grötzschs nach, der allerdings einen bloßen Bluff darstellte. Denn zur selben Zeit, da Grötzsch in der Volkszeitung die Arbeiter mit solchen Manövern zu betrügen versuchte, hatte sich der Parteivorstand der SPD längst auf Hindenburgs Sammelkandidatur geeinigt — mit den offenen Scharfmachern der Schwerindustrie, mit den Krupp, Duisberg und Bosch!

Damals enthüllten wir bereits diese schmutzigen Betrugsmanöver — auf sie „antwortete" Herr Grötzsch, wir seien „voreilig" gewesen, die SPD habe sich noch gar nicht entschieden! Heute weiß jeder SPD-Arbeiter, daß er von Grötzsch und der SPD-Presse schamlos belogen worden ist: Die SPD ging wie Anno 1914 und 1918 mit Hindenburg — weil sie nichts zu tun hat mit proletarischem Klassenkampf, mit proletarischer Klassenpolitik nichts, mit dem von Marx aufgestellten Grundsatz der Notwendigkeit einer proletarischen Klassenkandidatur zur Weckung und Stärkung des Klassenbewußtseins der Arbeiterschaft. Für die SPD gibt es nur eine Richtschnur: Ruhe und Sicherheit der Kapitalistenklasse und damit der von ihr gewährten Pfründen für Arbeiterverräter. An Stelle von Marx' Lehren sind Brünings und Krupps Gebote getreten . . .

Herr Grötzsch sollte sich hüten, die Behauptung aufzustellen, wir sagten nichts über die „Begründung" der SPD für ihre Hindenburg-Knechtsdienste. Wir haben seit Wochen zu jedem einzelnen Argument Stellung genommen. Ein Dresdner sozialdemokratischer Arbeiter hat in unserer Zeitung treffliche proletarische Argumnete gegen den Betrug vom „kleineren Uebel" in Feld geführt — Herr Grötzsch wagte damals nicht einmal, auf den Artikel seines Parteigenossen zu antworten. Jetzt besitzt er die Dreistigkeit, uns vorzuwerfen, wir antworteten nicht auf seine „Argumente". Gerade weil wir ein Hitlerregime unmöglich machen wollen und werden, gerade deshalb führen wir den entschiedenen Kampf für den roten Arbeiterkandidaten gegen die Kandidaten der herrschenden Klasse, deren führende Repräsentanten, die Duisberg, Krupp und Bosch mit Recht in Hindenburg den stabilsten Vertreter ihrer Klasseninteressen sehen.

Wir führen diesen Kampf als außerparlamentarische Massenmobilisierung für die Klassenforderungen der Arbeiterschaft.

Was parlamentarisch erreicht werden kann, zeigen ja zur Genüge die Erklärungen der Regierung, die alle mit Mehrheit beschlossenen kommunistischen Anträge im Reichstag nicht durchführen wird.

Und was fordern diese Anträge? Aufhebung des Nazi-Erlasses des Reichswehrministers, Sperrung der Polizeizuschüsse für Braunschweig, das Hitler „legal" macht, Schluß mit der Existenzverschlechterung und den Massenbelastungen. Die SPD hat der Regierung die Vollmacht gegeben, diese Beschlüsse mit einer Handbewegung zu „erledigen" — sie hat der Durchführung aller faschistischen Maßnahmen das „legale" Mäntelchen umgehängt.

Die Kommunisten aber reißen der faschistischen Klassendiktatur und dem Betrug des „kleineren Uebels" dieses „legale" Mäntelchen herunter.

Wir Kommunisten mobilisieren dadurch die Arbeiterklasse und die werktätigen Massen zur Herstellung einer roten Einheitsfront gegen den Hauptfeind, die kapitalistische Ausbeuterklasse, deren Führer im Hindenburgausschuß sitzen.

Wir Kommunisten organisieren unter der Führung Thälmanns den Massensturm auf die faschistischen Positionen, auf die soziale Hauptstütze der faschistischen Kapitalsdiktatur, die SPD, und die kleinbürgerliche Massenbewegung der Hitlerschen Landsknechte des Kapitals.

In diesem Kampfe vertritt die KPD die Interessen der gesamten Arbeiterklasse, sie kennt dabei keine Sonderinteressen, sie kennt dabei keinen Parteiegoismus! Aber sie ist erfüllt von der Erkenntnis über die Rolle der proletarischen Klassenpartei, die als Vortrupp der gesamten Klasse aufzutreten und den Kampf zu führen verpflichtet ist.

Deshalb wird die KPD um ihren Führer Thälmann nicht nur die Millionen kommunistischer Wähler und Kämpfer sammeln, sondern Millionen ehrlicher, kampfgewillter und klassenbewußter sozialdemokratischer Arbeiter der roten Klassenfront zuführen und damit vom verderblichen Einfluß der sozialdemokratischen Agenten, des Betrugs vom „kleineren Uebel" befreien, das das größte und gefährlichste Uebel für den Klassenkampf der Arbeiterschaft ist!

Mag Herr Grötzsch, mögen die Wels und Edel noch so keifen über uns Kommunisten — mögen sie mit Krüzigs und Troykis Verleumdungen noch so sehr hausieren gehen — die Geschichte fällt ihr Urteil über die Partei des Arbeiterverrats. Die SPD-Arbeiter beginnen zu erwachen, trotz Grötzschs Agentenarbeit für den Hindenburg der Duisberg, Krupp und Bosch. Und sie antworten den Hindenburg-Aposteln der SPD-Presse mit dem sozialdemokratischen Arbeiter Völkel:

„Und die Haltung der SPD zur Präsidentschaftswahl bedeutet nichts anderes als die Dokumentierung der Bindung der Kraft der SPD-Arbeiter an die Interessenvertreter des Klassenfeindes, die Bourgeoisie. Die Arbeiterschaft muß beiden Gruppen der Bourgeoisie, die doch im Grunde die gleiche Basis haben — Harzburg wie Hindenburg — als Klasse entgegentreten. Wer diese Grundbedingung des Klassenkampfes gegen den Kapitalismus und für den Sozialismus verleugnet, ist weder Marxist noch Sozialist, sondern ein Schleppenträger der Bourgeoisie. Das historische Verdienst der Kommunistischen Partei ist es, daß sie sofort und ohne Zögern dem Kuhhandel entgegentrat durch Nominierung eines roten Arbeiterkandidaten. Das anzuerkennen machen heute, da der Parteivorstand der SPD sich offen für den Generalfeldmarschall Hindenburg einsetzt, hunderttausende SPD-

Arbeiterkorrespondenten vor die Front!

Japanische Militärs in Deutschland!

Riesenaufträge der Rüstungsindustrie für ausländische Imperialisten

Berlin, 3. März (Eig. Drahtbericht)

Den roten Arbeiterkorrespondenten ist soeben wichtiges Material über die direkte Unterstützung der japanischen Räuber durch die Herren der Berliner Metallindustrie in die Hände gefallen. Im Betrieb Germania, Reinickendorf, ist in diesen Tagen eine Kommission von Japanern erschienen und hat große Bestellungen aufgegeben. Es werden Maschinengewehrschlösser in außerordentlich hoher Zahl benötigt.

Auch das AEG-Kabelwerk Oberspree, das jederzeit auf Granatenzünder und Kartuschfabrikation umgestellt werden kann, hat sich des blutigen Kriegsgeschäftes bemächtigt. Feldtelefongeräte und sehr viele Feldkabel werden nach Schanghai geliefert.

Auch der Betrieb Pintsch, Fürstenwalde, stellt Minenwerfer für Japan her. Im Berliner Betrieb von Pintsch werden Regler und Spannungen für Unterseebootorpedos und Granatzündungen hergestellt, ebenfalls für Japan.

•

Aus Karlsruhe in Baden ist ein Waggon mit neun Tonnen Munition, 7,65 und 6,35 Millimeter, im Hamburger Hafen eingetroffen. In Karlsruhe befindet sich die Deutsche Waffen- und Munitionsfabrik, die nach dem Krieg von der Direktion der Berlin-Karlsruher Industriewerke gekauft wurde. Bisher wurde immer sogenannte „Jagdmunition" in diesem Betrieb hergestellt.

•

Hamburg, 2. März

Die Harburger Jutespinnerei hat in den letzten Wochen Hochbetrieb. Auf dem Nähboden der Jutespinnerei wird täglich von 6 bis 17 Uhr gearbeitet, mit einer halbstündigen Pause. Das sind 10½ Stunden am Tag. Vor einigen Tagen wurde ein Posten mit 25 000 Sack Sandsäcke, angeblich nach Amerika geschickt. Daß das aber nicht stimmt, ist daraus zu entnehmen, daß einige Tage vorher auch Sandsäcke nach Japan abgesandt wurden. In der letzten Woche sind 17 Frauen neu eingestellt worden. Nicht vom Arbeitsamt, sondern durch gute Beziehungen zum Chefs. Der Arbeitsverdienst bei 58 Stunden wöchentlicher Arbeitszeit beträgt 20 Mark. Den Arbeitern erzählt man, daß es Salpetersäcke sind. Der Schwindel ist aber deshalb nicht plump, weil einmal die Salpetersäcke größer sind und zum andern auch keine Handgriffe haben.

•

Die Walzwerke am Bellbrookdeich 54 in Hamburg nehmen Neueinstellungen vor. Es werden mit Hochdruck Granatringe hergestellt, die nach Ostasien an die japanischen Imperialisten geliefert werden.

•

Angesichts dieser fieberhaften Kriegsrüstungen muß jetzt die Wachsamkeit der Arbeiterschaft, vor allem der Arbeiter in den Rüstungsbetrieben, verzehn- und verhundertfachen. Gestützt auf Berichten an die kommunistische Presse schonungslos auch die kleinste Lieferung von Kriegsmaterial! Nehmt den Kampf auf gegen die Fabrikation von Kriegsmaterial! Verknüpft diesen Kampfe mit dem Kampf um höhere Löhne, bessere Arbeitsbedingungen, mit dem Kampf gegen Ausbeutung und Faschismus!

An alle Betriebe ergeht unser Ruf: Nehmt überall in Betriebsversammlungen Stellung zu der schändlichen Politik deutscher Kapitalisten, die durch ihre Lieferungen an die japanischen Banditen, die China bekriegen und die Sowjetunion überfallen wollen, die den Beginn eines neuen Weltgemetzels unterstützen.

Alle Belegschaften auf zum Kampf gegen den imperialistischen Krieg!

Massenentlassungen bei Seidel & Naumann

800 Arbeiter sollen auf die Straße fliegen

Die Direktion will soziale Abgaben und Feriengelder einsparen . Betriebsarbeiter, heraus zur Massendemonstration am Sonntag!

Die Direktion von Seidel & Naumann hat einen Stillegungsantrag auf Entlassung von 800 Arbeiterinnen und Arbeitern gestellt.

S. & N. ist der größte Metallbetrieb Dresdens, und was hier vorgeht, spielt sich in fast allen Metallgroßbetrieben ab. Typisch ist die Begründung der Direktion. Es soll erreicht werden, die sozialen Ausgaben für die zu entlassenden 800 Arbeiter einzusparen. Ein entscheidender Grund der Direktion für die Stellung dieses Stillegungsantrages ist die Ferienfrage. Man will die Entlassungen bis zum 1. April durchgeführt haben, um für 800 Mann die Ferienbezahlung einzusparen.

Als weiterer Grund der Betriebseinschränkung wurden von der Direktion des Betriebs die Zollmaßnahmen der ausländischen Kapitalisten angeführt. Diese Situation der Verschärfung der Massenentlassungen in den Großbetrieben zeigt blitzartig auf, daß der Kapitalismus aus dieser Krise keinen anderen Ausweg mehr weiß, als Zollerhöhungen, Massenentlassungen und Lohnabbau. Das aber muß die Krise noch mehr verschärfen. Selbst in dieser Situation halten es die reformistischen Funktionäre des DMV, die SPD-Betriebsräte um Teuber noch immer nicht für notwendig, eine einheitliche Front mit den revolutionären Betriebsfunktionären der KPD und RGO gegen den Unternehmer zu bilden. Das zeigte sich besonders in der letzten Betriebsratssitzung vom 28. Februar, wo zu dem Antrag auf Massenentlassung der Direktion Stellung genommen wurde. Die roten Betriebsräte beantragten, sofort eine Betriebsversammlung zu organisieren, um mit der Belegschaft Stellung zu nehmen über Kampfmaßnahmen gegen die Massenentlassungen. Unter Führung Teubners schlugen der reformistischen Betriebsräte dieselbe Taktik ein, wie in der Vergangenheit bei allen ähnlichen Anlässen. Sie erklärten, erst die Dinge sich herankommen zu lassen, und dann die Belegschaft, bis die Entscheidung irgendeines Regierungsrates auf die Rede gestellt wurde, zu informieren.

Angesichts dieses schofleln Verrats der reformistischen Verbandsfunktionäre verpflichten sich die roten Betriebsräte, gemeinsam mit der Betriebszelle und der RGO-Gruppe des Betriebes S. & N., sich mit aller Kraft für die Mobilisierung der gesamten Belegschaft einzusetzen und so rasch als möglich eine Belegschaftsversammlung von sich aus zu organisieren.

Die gesamte Dresdner Arbeiterschaft kann jetzt daraus ersehen, daß es besonders jetzt notwendig ist, in Massen aufmarschieren mit der Kommunistischen Partei am 6. März für den Kampf gegen die weitere Verelendung der Arbeiterklasse, gegen die Massenentlassungen, gegen Hunger und Reaktion von Wels bis Wels, von Duesterberg bis Hindenburg.

Arbeiterinnen und Arbeiter, mobilisiert die Betriebe für die Wahl des roten Arbeiterkandidaten Ernst Thälmann!

Organisiert den Kampf gegen Lohnabbau und Massenentlassungen!

Nazis im Hecht unter Polizeischutz

Wie wir erfahren, verteilten heute vormittag 200 SA-Leute Hitlerflugblätter unter dem extra abkommandierten Schutz von zwei Ueberfallkommandos der Polizei. Unter der Arbeiterschaft des roten Hecht herrscht starke Empörung.

Japan konzentriert seine Truppen gegen die Sowjetunion

Die neue Offensive Japans gelingt durch Verrat der Kuomintang . Erbitterte Rückzugsgefechte der chinesischen Soldaten!

Schanghai, 2. März (Eig. Drahtb.)

Der neue Angriff der Japaner auf Schanghai wurde durch eine Landung von Japanern eingeleitet. 8000 japanische Soldaten wurden unter dem Schutz des Trommelfeuers an Land gesetzt. Da das chinesische Kommando, das einem Kuomintang-General anvertraut war, keine besonderen Vorsichtsmaßnahmen getroffen hatte, ist die Landung gelungen, weil so die Brücken und Flanken der Verteidiger Schanghais gefährdet wurden, mußten die chinesischen Truppen nach heldenhaftem Widerstand die Stellungen räumen.

Gleichzeitig setzte der Generalangriff der japanischen Truppen gegen Tschapei ein. Nach schweren beiderseitigen Verlusten trat die in Rücken und Flanke bedrohte chinesische 19. Armee den Rückzug an, der sich vollständig geordnet vollzog. Ganz Tschapei steht in hellen Flammen.

Als die japanischen Truppen anrückten, war der ganze Stadtteil von der chinesischen Zivilbevölkerung geräumt. Nur einige Scharfschützen waren noch hinter den Trümmern versteckt und brachten den Japanern Verluste bei. Die chinesische Armee zieht sich gegenwärtig längs der Eisenbahnlinie Schanghai-Sutschou entlang zurück.

Die japanischen Truppen haben Rantschiang besetzt. Unter den chinesischen Soldaten und unter der Bevölkerung herrscht helle Empörung gegen die Kuomintang. Allgemein wird angenommen, daß der Rückzug der chinesischen Truppen mit den diplomatischen Verhandlungen im Zusammenhang steht, und daß die Kuomintangführung Schanghais Verteidigung verraten hat. Dies gewinnt auch dadurch an Wahrscheinlichkeit, daß die aus Kuomintangleuten bestehenden Büros für die öffentliche Sicherheit in Rantschiang, die jetzt die Stadtverwaltung inne haben, einen Aufruf an die Soldaten erließ, daß dem japanischen Vormarsch auf Rantschiang kein Widerstand entgegenzusetzen sei.

zeuge einen groß angelegten Luftkampf auf die sich zurückziehenden chinesischen Truppen aus. 130 Bomben wurden abgeworfen.

Oestlich von Wusung haben die Japaner die Landung der 14. Infanterie-Division durchgeführt, was darauf schließen läßt, daß sie sich mit der bisherigen Räumung von Schanghai nicht begnügen sondern eine Verfolgung der chinesischen Soldaten auch westlich von Schanghai, aufzunehmen beabsichtigen.

Von maßgebenden japanischen Regierungskreisen wird am Mittwoch angedeutet, daß die vollkommene Zurückziehung der japanischen Truppen in Schanghai und deren Rückkehr sofort durchgeführt werden würden, wenn nach dem Kampf die Chinesen sich die neutralen Mächte bereit erklären würden, ihren Truppen die nötigen Sicherheitsmaßnahmen zu treffen, die einen Widerstand der chinesischen Truppe unmöglich machen.

Diese Absicht deutet daraufhin, daß die Japaner jetzt ihre Hauptkräfte wieder in der Mandschurei mit der Spitze gegen die Sowjetunion konzentrieren wollen.

Zwei Personen erschossen!

In Tauzenwalde bei Königsberg überfielen nach Schluß einer nationalsozialistischen Versammlung die Hitlerbanditen die proletarische Bevölkerung. Landjägerei und ein Zug der Schutzpolizei waren zur Stelle und machten von der Schußwaffe gegen die Arbeiter Gebrauch. Eine Arbeiterin und ein Arbeiter wurden getötet. Außerdem gab es mehrere Verletzte.

Streik in Leipzig ab 11. März

Die Leipziger Hafenarbeiter haben in einer sehr besuchten Sitzung am Mittwoch beschlossen, ab 11. März in den Streik einzutreten. Eine sehr beachtliche Minderheit war der Meinung, es sollte